

HANDLUNGSFELD INTEGRATION



HANDLUNGSFELD INTEGRATION



Zusammenfassung

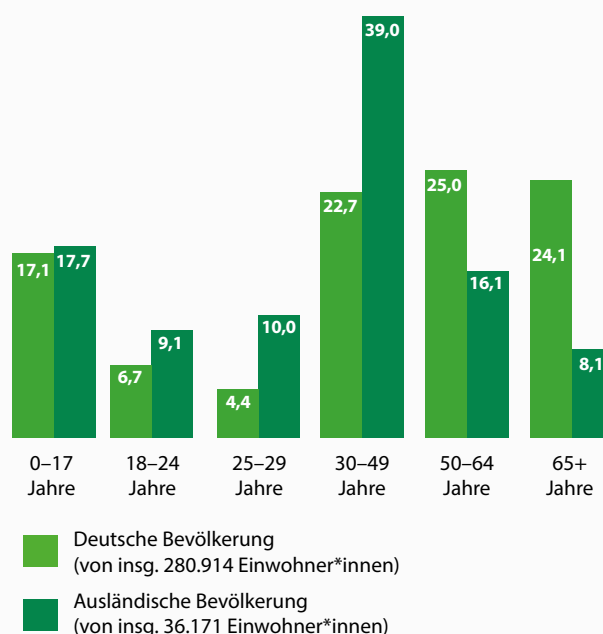
Anteil und Anzahl der ausländischen Bevölkerung nehmen weiter zu, der aktuelle Bevölkerungszuwachs im Kreis ist allein auf ausländische Personen zurückzuführen. Die ausländische Bevölkerung ist deutlich jünger, die Bedarfe für Integration besonders beim Spracherwerb sowie im Bereich Ausbildung und Beruf bleiben weiterhin hoch. Mit dem Ukraine-Krieg sind weiter steigende Zahlen und Bedarfe zu erwarten.

Zahlen, Daten und Fakten

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Kreis Pinneberg hat sich Ende 2020 leicht um 0,3 % auf nun 11,4 % erhöht, für die Kreise in Schleswig-Holstein ist dies der höchste Anteilswert. In Schleswig-Holstein liegt der durchschnittliche Anteil deutlich niedriger bei 8,6 %. Allein die kreisfreien Städte im Land weisen höhere Anteile auf. Insgesamt besitzen etwa 36.170 Menschen Ende 2020 im Kreisgebiet einen ausländischen Pass, dies sind ca. 1.000 Personen mehr als noch im Vorjahr. Damit geht auch das aktuelle Bevölkerungswachstum im Vergleich zum Vorjahr allein auf die ausländische Bevölkerung zurück. In der Tendenz sind die Anteile in den größeren Kommunen höher als in den kleineren Gemeinden. Eine Ausnahme bildet hier die Hochseeinsel Helgoland mit einem Anteil ausländischer Bevölkerung von 13,4 % (Statistikamt Nord 2020). Gründe könnten der Bedarf an speziellen Fachkräften aufgrund der besonderen Wirtschaftsstruktur der Hochseeinsel oder auch an Saisonkräften im Tourismus sein. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist für jede Kommune im digitalen Sozialbericht verfügbar. Auf Basis des letzten Zensus haben weitere 8,7 % Einwohner*innen einen Migrationshintergrund, d.h. mindestens ein Elternteil hat eine ausländische Staatsbürgerschaft oder wurde im Ausland geboren (Zensus, Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011). Im Rahmen des aktuellen Zensus 2022 werden hier voraussichtlich deutlich höhere Anteile ermittelt werden.

In der Altersverteilung gibt es deutliche Unterschiede zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung.

Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Altersgruppen in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020

Während bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahre die Anteilswerte noch vergleichbar sind, haben die Altersgruppen zwischen 18 und 49 Jahren in der ausländischen Bevölkerung jeweils deutliche höhere Anteilswerte. Während fast die Hälfte (49,1 %) der deutschen Bevölkerung über 50 Jahre alt ist, ist es bei der ausländischen Bevölkerung nicht einmal jeder Vierte (24,2 %). Die demographische Alterung im Kreis ist daher besonders durch die deutsche Bevölkerung geprägt. (Statistikamt Nord 2020). Hingegen ist die ausländische Bevölkerung also deutlich jünger. Integrationsbedarfe bestehen daher stärker bei den jüngeren Altersgruppen, die sich noch in der Schule, in Ausbildung oder am Berufsbeginn befinden.

Mit einer minimalen Zunahme um 0,2 % stellen EU-Bürger*innen weiterhin den größten Anteil der ausländischen Bevölkerung mit 37,3 %. Leicht rückläufig um 0,6 % sind Personen mit einem türkischen Pass (14,4 %), sie bilden aber weiterhin die zweitgrößte Gruppe. Dem folgen Menschen aus Syrien (9,6 %), Afghanistan (6,2 %) und der Russischen Föderation (2,9 %), alle Anteile sind hier im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert (Statistikamt Nord 2020).

Die Anzahl der Einbürgerungen nimmt im Vergleich zu den Vorjahren leicht ab. 575 Personen haben sich in 2020 einbürgern lassen, erstmals bilden Personen mit einer Aufenthaltsdauer von unter 8 Jahren die größte Gruppe. Etwa 44 % hatten zuvor die Staatsbürgerschaft eines anderen europäischen Landes, insgesamt knapp 21 % sogar eines anderen EU-Landes (Statistikamt Nord 2020).

Aktuell gibt es 2021 etwa 1.380 Empfänger*innen von Asylbewerberleistungen im Kreisgebiet, die Gesamtzahl ist wie schon im Vorjahr fast unverändert (Kreis Pinneberg 2021). Die meisten dieser Personen wechseln nach einer gewissen Zeit in den Leistungsbereich des SGB II. Ab Juni werden Hilfen und soziale Unterstützung für bedürftige Flüchtlinge aus der Ukraine nicht nach dem Asylbewerbersozialhilfegesetz, sondern nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuchs (SGB) gewährt. Bis zum 17.05.2022 haben sich 3.045 Schutzsuchende aus der Ukraine über das Online-Kontaktformular des Kreises gemeldet.

Da die Schuleingangsuntersuchungen aufgrund der Coronapandemie nicht in ausreichender Zahl durchgeführt werden konnten, existieren keine neuen Daten zur Sprachentwicklung.

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Das bisherige Aktionsbündnis für Neuzugewanderte ist in diesem Jahr zu einer Fokusgruppe der Sozialplanung gewechselt. Diese Entwicklung ermöglicht es, Handlungsempfehlungen im Bereich der Integration zu erarbeiten und zielgenau an die Politik zu kommunizieren. Eine erarbeitete Handlungsempfehlung ist die Entwicklung spezieller Deutsch- und Integrationskurse für Menschen mit Fluchterfahrungen und



In der letzten verfügbaren Schuleingangsuntersuchung hatten etwa 58 % der Kinder mit Migrationshintergrund eine nicht ausreichende Sprachkompetenz (Kreis Pinneberg 2019).

Der aktuelle Sozialbericht des Landes Schleswig-Holstein gibt zusätzliche Hinweise auf die besonderen Herausforderungen der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. So besteht für ausländische Familien mit minderjährigen Kindern ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Weiterhin sind ausländische Personen deutlich häufiger im Land auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen und weisen eine höhere Arbeitslosenquote auf. Die männlichen Schulabsolventen ohne deutsche Staatsbürgerschaft haben zudem die geringste Abitur-Quote in Schleswig-Holstein (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren 2020).

kognitiven Einschränkungen (siehe S. 60). Diese ermöglichen die gleichberechtigte soziale Teilhabe an der Gemeinschaft und einen Zugang zu Bildung und dem Arbeitsmarkt. Als nächstes größeres Vorhaben wird das Handlungskonzept Integration in Form einer Workshop-Reihe unter Beteiligung von Politik und Fachexpert*innen fortgeschrieben, der Prozess wird begleitet von der neu gebildeten Fokusgruppe Integration.

Die Themen Sprache, Bildung und Arbeitsmarktintegration spielen weiterhin eine wichtige Rolle im Handlungsfeld Integration. Ein Hauptziel ist es, die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund vor der Einschulung zu verbessern und so Sprachaufälligkeiten zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es die Bildungsprogramme „Rucksack KiTa“ im Elementar- und „Griffbereit“ im Krippenbereich. Die Projekte wurden durch Kreismittel finanziert und zunächst als Pilot angeboten. Zudem wird das Projekt wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Nach der Auswertung der empirischen Ergebnisse wird über eine Ausweitung des Angebots beraten. Erfreulich ist, dass Kinderbetreuungsangebote mittlerweile auch von Familien mit Migrationsgeschichte stärker genutzt werden. Leider stoßen die Betreuungsplätze im Kreis an ihre Kapazitätsgrenzen. Dies erschwert Familienmitgliedern oft die nötige Kinderbetreuung, um zu arbeiten oder an Deutschkursen teilzunehmen. Dieses Problem lässt sich auch in der schulischen Bildung erkennen. Lehrer*innenmangel für DAZ-Klassen führt zu überfüllten Klassen und Schulkinder müssen zum Teil auf andere Orte im Kreis ausweichen, um am Unterricht teilnehmen zu können.

Bei der Arbeitsmarktintegration ist die Personengruppe mit einem Duldungsstatus besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Von Arbeitnehmer*innen- sowie von Arbeitgeber*innenseite gibt es immer noch viele rechtliche Unsicherheiten bei einer Verpflichtung von Personen mit Duldungsstatus. Um dem zu begegnen und die Erteilung von Arbeitserlaubnissen zu beschleunigen, wird eine engere Zusammenarbeit mit der Zuwanderungsbehörde und der Agentur für Arbeit angestrebt. Momentan haben Neuzugewanderte eine geringere Bestehensquote beim Erstversuch der Abschlussprüfung. Um dem entgegenzuwirken, wird sich die Arbeitsgruppe Ausbildungsrealität neu strukturieren und die Ausbildungsbetriebe stärker in ihre Aktivitäten miteinbeziehen. Die Maßnahmen zur Ausbildungsvorbereitung und Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen sind wieder angelaufen. Jedoch ist es bedauerlich, dass durch coronabedingte Ausfälle Jugendliche, die inzwischen 18 Jahre und älter sind, nicht mehr daran teilnehmen können. Im Ausbildungsbereich ist die Parallelbelastung durch Ausbildung, Spracherwerb und Prüfungen weiter hoch. Hier hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) neue berufsbezogene Begleitmaßnahmen gestartet. Diese finden jetzt auch dort statt, wo die Lehrlinge lernen und arbeiten, z. B. an der Beruflichen Schule.

Bei der Arbeitsmarktintegration wurden die Arbeitskreise der Kommunen und des Kreises zusammengeführt, um die anstehenden Themen fokussierter bearbeiten zu können. Ein wichtiges Thema sind niedrigschwellige Arbeitsangebote und Grundbildungsbedarfe für Migrant*innen ohne Schulabschluss, um dem Fachkräftemangel im Kreis entgegenzuwirken. Hierzu arbeitet der Kreis Pinneberg weiterhin intensiv mit dem Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge in Neumünster zusammen.

Auch die sprachliche Erwachsenenbildung stellt ein zentrales Thema der Integration dar. Mit dem Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung können Mütter und Sprachkursbesucher*innen seit Januar 2020 für sich die Möglichkeit der Teilzeitausbildung in Anspruch nehmen. Mit

diesem System, sowie mit der Vermittlung von Sprachkursen über Onlineportale wurden in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht. Über das Portal der Koordinierungsstelle Deutschkurs-Kompass, genannt Deutschkursfinder (www.deutschkurs-sh.de) wird den Suchenden ein Überblick zu den laufenden und zukünftigen EOK- und STAFF-Kursangeboten in Schleswig-Holstein angezeigt. Dieses Angebot ermöglicht Migrant*innen die Teilnahme, die keinen Platz in den zurzeit überfüllten Sprachkursen des BAMF erhalten haben.

Um Menschen mit einer Duldung in Deutschland eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, wurde die Veranstaltung „Menschen mit Duldung in Kommunen – Chancen gemeinsam nutzen“ im November 2021 durchgeführt. Dort wurden Optionen besprochen, um Menschen mit Duldungsstatus eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen, welche zu einer Unabhängigkeit von Transferleistungen und so zur Entlastung des kommunalen Haushaltes beiträgt. Auch kann hierdurch ggf. in einigen Bereichen der Fachkräftemangel gelindert werden.

Im vergangenen Jahr wurden diverse Projekte durchgeführt, mit dem Ziel, Kontakt im Kreis zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu stärken. Das Erfolgsmodell „Elmshorn TV“, ein Projekt entwickelt von Migrant*innen zur Kommunikation und Informationsweitergabe, wird nun auch in den Kreisstädten Wedel und Halstenbek implementiert, wo die Kommunen für dieses Projekt Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Das Projekt „Kulturimpuls Neue Perspektiven“, eine Veranstaltungsreihe zum Thema Migration und Perspektivwechsel mit Theatervorstellungen und Workshops stellt eine weitere Möglichkeit dar, sich über das Thema Integration auszutauschen. Auch politische Parteien engagieren sich, Menschen mit Migrationsgeschichte in ihre politische Arbeit einzubeziehen, damit diese ihre Kompetenzen mit einbringen können. Ein weiteres Projekt zur gesellschaftlichen Teilhabe war das erfolgreich beendete Commitment-Konzept.

Ein bekanntes Problem in der Gesundheitsversorgung von Migrant*innen sind Sprachbarrieren. Dolmetscher*innen-Kosten werden von der Krankenkasse nur für sehbehinderte oder gehörlose Menschen übernommen, nicht aber für z.B. psychologische Beratung ohne körperliche Behinderung. Dolmetscheranträge für wichtige Behandlungen bei Frauenärzt*innen oder Traumaspezialist*innen werden abgelehnt. Dieses Thema wird in der neugebildeten Fokusgruppe Integration aufgegriffen werden.

Um die Handlungssicherheit aller Akteur*innen in diesem Handlungsfeld zu stärken, bietet der Kreis in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Hamburg-West/Südholstein regelmäßig Fortbildungen zur Interkulturellen Öffnung und Kompetenz an. Auch Ehrenamtlichen werden spezifische Seminare für ihre Tätigkeit angeboten. Über die Arbeit mit muslimischen Communities hat ein kommunaler Fachaustausch stattgefunden. Um Themen innerhalb der Integrationsarbeit zu diversifizieren sind weitere Aspekte wie z.B. Interreligiöser Dialog oder Gewalt unter Migrant*innen im Blick zu behalten. Weiterhin wird die Machbarkeit eines individualisierten Integrationsmanagements geprüft.

Um dem Strom der Flüchtenden aus der Ukraine den nötigen Schutz bieten zu können, ist eine Aufstockung der Kapazitäten in der Migrationsberatung geplant. Weitere niederschwellige Angebote im Kreis können über das Aktionsprogramm des Sozialministeriums für Geflüchtete umgesetzt werden, der erforderliche Eigenanteil für Maßnahmen wird aus dem Kinder- und Jugendhilfefonds zur Abmilderung der Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges zur Verfügung gestellt.

Der Kreis Pinneberg nimmt außerdem an dem bundesweiten Projekt Integrationsmonitoring des deutschen Instituts für

Urbanistik (difu) teil. Als erste Erkenntnis wurde schlussgefolgert, dass Integrationsmonitoring als Prozess verstanden und in ein übergreifendes kommunales Zielsystem eingebettet sein muss. Als weitere Voraussetzung für eine datenbasierte Koordination und Steuerung wurde ein gutes Zusammenwirken der föderalen Ebenen und mehr Unterstützung von Kommunen durch Bund und Länder genannt. Die schlussendlichen empirischen Ergebnisse werden zudem als Grundlage für die weitere integrationspolitische Arbeit herangezogen.

